

Beschluss Take back the money: Umverteilung ist Feminismus

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Hamburg
Beschlussdatum: 06.06.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag

Antragstext

1 Umverteilung ist Feminismus

2 Wieso brauchen wir materialistischen Feminismus?

3 FLINTA* besitzen weltweit nur 35%-40% des Vermögens. Sie verdienen weniger,
4 bekommen weniger Rente und leisten mehr unbezahlte Care-Arbeit. Altersarmut
5 bedroht FLINTA* stärker und viele FLINTA* Leben in finanzieller Abhängigkeiten
6 ihrem Partner*innen.

7 Wir, die GRÜNE JUGEND Hamburg, erkennen an, dass Feminismus materialistisch sein
8 muss: Die finanzielle Perspektive ist wichtig - vor Missbrauch und häuslicher
9 Gewalt können sich nur FLINTA* schützen, die sich das leisten können. Und in
10 einem Staat, wo gerade soziale Absicherungen wie das Bürgergeld zurückgebaut
11 werden, Renten unsicher sind und es nicht annähernd genug Frauenhausplätze gibt,
12 ist es vielen FLINTA* nicht möglich, sich selbst finanziell abzusichern.
13 Deswegen schließen wir uns klassischen materialistisch-feministischen
14 Forderungen wie Gleicher Lohn für gleiche Arbeit an.

15 Allerdings braucht es mehr als das, um tatsächliche Gleichberechtigung zu
16 schaffen: Es braucht Umverteilung.

17 Der Kapitalismus und das Patriarchat - eine Lovestory

18 Der Kapitalismus funktioniert nur, indem er Arbeit nicht gerecht entlohnt. Das
19 gilt für Arbeitende in Fabriken und auf dem Bau genauso wie für Büroangestellte
20 und Kellner*innen. Es gibt aber eine Gruppe, die für ihre Arbeit gar nicht
21 bezahlt wird: FLINTA*, die Care-Arbeit leisten. Den Haushalt schmeißen,
22 Familienmitglieder umsorgen und Kinder großziehen, sind nur ein paar prominente
23 Beispiele der gesamten geleisteten Arbeit.

24 Ohne diese unsichtbare Care-Arbeit wäre eine Gesellschaft wie unsere nicht
25 vorstellbar. Durch die Ausbeutung und strukturelle Herabwürdigung von FLINTA*
26 können Männer weiterhin bequem Spitzenposten in Politik und Wirtschaft für sich
27 beanspruchen und nichts gegen Gewalt an FLINTA* ändern. Nur dadurch, dass Mütter
28 zuhause bleiben, können cis Männer Vaterschaft und Beruf nicht nur vereinbaren,
29 sondern gleichzeitig ihre Karriere ausbauen.

30 Gleichzeitig ist nicht genug Geld in öffentlichen Haushalten da, um zum Beispiel
31 genug Frauenhausplätze zu sichern? Wir sagen: Das geht so nicht!

32 Umverteilung für die Geschlechtergerechtigkeit

33 Wir brauchen endlich tatsächliche Umverteilung von Geld und Macht. Wir fordern
34 eine Vermögens- und eine Erbschaftssteuer, die eine Akkumulation von riesigen

35 Vermögen verhindern. Der Gender-Pay-Gap und der Gender-Wealth-Gap müssen durch
36 effektive Gesetze und Regulationen geschlossen werden.

37 Gerecht verteiltes Vermögen ist wichtig für das Überleben unserer Demokratie und
38 der einzige Weg zu tatsächlicher Geschlechtergerechtigkeit.

39 **Take back the money!**

40 **Wer Umverteilung will, muss Steuergerechtigkeit durchsetzen!**

41 Deutschland ist ein Hochsteuerland für Arbeit, aber ein Niedrigsteuerland für
42 Reiche. Während Einkommen aus Erwerbsarbeit stark belastet wird, werden große
43 Vermögen, Erbschaften und Kapitalerträge privilegiert behandelt. In einer Zeit,
44 in der politische Debatten fast nur noch um Kürzungen im Sozialsektor kreisen,
45 zeigt das sehr deutlich, wo die Loyalität der schwarz-roten Bundesregierung
46 liegt. Das ist ungerecht!

47 Rund 5.000 Menschen besitzen in Deutschland mehr als ein Viertel des gesamten
48 Vermögens. Diese extreme Konzentration von Reichtum ist politisch gewollt und
49 wird steuerlich abgesichert. Deshalb sagen wir klar: Die Vermögensteuer muss
50 wieder eingesetzt werden. Nicht irgendwann, sondern jetzt. Seit 1997 sind dem
51 deutschen Staat 380 Milliarden Euro entgangen. Geld, das unser Gemeinwesen
52 dringend braucht und das uns nach unserer Verfassung zusteht.

53 Doch eine Vermögensteuer allein reicht nicht, wenn Reiche einfach ins Ausland
54 abwandern können, um der Besteuerung zu entgehen. Wir fordern daher eine
55 Wegzugssteuer nach norwegischem Vorbild. In Norwegen wird das aufgestellte
56 Vermögen bei Wegzug ins Ausland fällig besteuert, als ob es verkauft worden
57 wäre. Deutschland muss diesem Beispiel folgen. Keine Steuerflucht durch Umzug
58 ins Ausland!

59 Auch die Erbschaftsteuer braucht eine grundlegende Reform. Große Vermögen werden
60 über Stiftungen, Unternehmensstrukturen und Ausnahmeregelungen weitgehend steuerfrei
61 weitergegeben. Mittlere Vermögen und die untere Oberschicht werden zur Kasse
62 gebeten, die Superreichen hingegen nicht. Wer 10 Wohnungen erbt, zahlt
63 Erbschaftsteuer. Wer 300 Wohnungen erbt, zahlt in der Regel nichts. Warum? Weil
64 300 Wohnungen als Wohnungsunternehmen gelten. So werden sehr reiche Haushalte
65 begünstigt und bestehende Ungleichheiten zementiert. Das ist absurd und
66 schlimmer noch, vom Gesetz gewollt und gefördert.

67 Im letzten Jahr wurde die höchste absolute Erbschaftsteuer in der Geschichte der
68 Bundesrepublik fällig. Es kam jedoch nur dazu, weil die Unternehmerfamilie
69 Thiele ihre Familienstiftung zu spät errichtet hatte. Die meisten deutschen
70 Superreichen schaffen das aber rechtzeitig. Familienstiftungen müssen deshalb in
71 die Erbschaftsteuer einbezogen werden. Steuerprivilegien für große Erbschaften
72 müssen beendet werden.

73 Die Kapitalertragsteuer stabilisiert dieses ungerechte System weiter. 25 Prozent
74 für alle Renditen, pauschal. Ganz egal, ob jemand 1.000 Euro oder Milliarden an
75 Kapitalerträgen erzielt. Während Arbeit progressiv besteuert wird, gilt für
76 Kapital eine Flat Tax. Das ist ein politischer Skandal! Wir fordern eine
77 progressive Besteuerung von Kapitalerträgen analog zur Einkommensteuer. Wer

78 Millionen oder Milliarden an Renditen bezieht, muss höhere Beiträge leisten als
79 jemand, der nur wenige tausend Euro erzielt.

80 Sozialabgaben müssen auf alle Einkommensarten erhoben werden, egal ob aus
81 Arbeit, Kapital, Vermögen oder Erbschaft. Derzeit werden viele Einkünfte aus
82 Vermögen und Kapital von Sozialabgaben befreit, während Arbeit doppelt belastet
83 wird: durch Steuern und Sozialbeiträge. Wie immer leisten die reichsten Menschen
84 der Gesellschaft ihren Anteil nicht.

85 Keine gerechte Steuerpolitik ohne intersektionalen 86 Feminismus

87 Diese steuerpolitische Schieflage ist auch eine Frage von
88 Geschlechtergerechtigkeit. Von Vermögensprivilegien profitieren vor allem
89 Männer, während FLINTA*-Personen im Durchschnitt weniger Vermögen besitzen,
90 seltener erben und häufiger von Altersarmut betroffen sind. Eine linke und
91 feministische Steuerpolitik muss diese Ungleichheit benennen und bekämpfen.

92 Zu einer ernsthaften feministischen Steuerpolitik gehört auch eine
93 sozialverträgliche Abschaffung des Ehegattensplittings. Dieses Modell hält
94 insbesondere Frauen in finanziellen Abhängigkeiten, zementiert ungleiche
95 Erwerbsverhältnisse und verhindert eigenständigen Vermögensaufbau. Es ist kein
96 Zufall, dass Altersarmut vor allem Frauen betrifft. Ein Steuermodell das ein
97 Familienmodell der 50er Jahre fördert, hat in einer emanzipatorischen
98 Gesellschaft keinen Platz.

99 Und warum steht hier immer noch „Frauen“? Das Steuerrecht kennt jenseits von
100 Männern und Frauen bislang nichts. Das Steuerrecht muss im 21. Jahrhundert
101 ankommen und anerkennen, dass es Geschlechtsrealitäten jenseits der binären
102 Einteilung gibt.

103 Zum Abschluss darf nicht fehlen das Steuergerechtigkeit auch bedeutet, den
104 Alltag gerechter zu machen. Menstruationsprodukte sind notwendig und dürfen
105 nicht länger mit zusätzlichen finanziellen Hürden belastet werden. Wir fordern
106 ihre vollständige steuerliche Entlastung und perspektivisch die Kostenübernahme
107 durch die Krankenkassen.

108 **Unsere Forderungen sind klar:**

- 109 • Das Wiedereinsetzen einer wirksamen Vermögensteuer.
- 110 • Eine grundlegende und gerechte Reform der Erbschaftsteuer.
- 111 • Die Einführung einer progressiven Besteuerung von Kapitalerträgen.
- 112 • Sozialabgaben auf alle Einkommensarten.
- 113 • Die sozialverträgliche Abschaffung des Ehegattensplittings.
- 114 • Die Abschaffung der Geschlechterbinarität im Steuerrecht.
- 115 • Die vollständige steuerliche Entlastung von Menstruationsprodukten.

116 Wer ernsthaft über Umverteilung spricht, darf bei der Steuerpolitik nicht
117 ausweichen. Es geht um Macht, um Gerechtigkeit und darum, wessen Leben wir
118 politisch verbessern wollen.

Begründung

Erfolgt mündlich